



## **Brigitte Lösch**

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Wahlkreis Stuttgart IV

Vorsitzende des Ausschusses für  
Kultur, Jugend und Sport

Landtag von Baden-Württemberg  
Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 / 2063-664 / - 233

E-Mail: [brigitte.loesch@gruene.landtag-bw.de](mailto:brigitte.loesch@gruene.landtag-bw.de)  
[www.brigitte-loesch.de](http://www.brigitte-loesch.de)

Stuttgart, 14. Mai 2019

### **Pressemitteilung**

**Brigitte Lösch zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interfeindlichkeit am 17. Mai: „Homoheilung“ gibt es nicht – sogenannte Konversionstherapien müssen verboten werden!**

Am 17. Mai befasst sich der Bundesrat mit einer EntschlieÙung mit dem Titel „Akzeptanz und Wertschätzung statt Pathologisierung und Diskriminierung: Menschen in ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität stärken - Konversionstherapien verbieten“. Ich bin froh, dass auch das Land Baden-Württemberg dieser EntschlieÙung zustimmen wird, sagt Brigitte Lösch MdL, die queerpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion.

Viel zu lang hat der Staat zugesehen wie lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle sowie queere Menschen straffrei in sogenannte Therapien gezwungen oder auch gelockt wurden um mögliche „Heilung“ von ihrer sexuellen Orientierung zu erhalten. Diese vermeintliche „Heilung“ ist weder notwendig noch möglich! Ganz im Gegenteil! Für eine nicht unerhebliche Anzahl der Menschen, die diese vermeintliche Hilfe in Anspruch nahmen, war dies der Weg in den Suizid!

Das Verbot dieser menschenverachtenden Scharlatanerie ist somit längst überfällig, so Lösch. Die Queerpolitikerin fordert die Mitglieder des Bundesrates dazu auf den EntschlieÙungsantrag in seiner ursprünglichen Fassung anzunehmen und alle Sonderregelungen für Trans- und intergeschlechtliche Menschen abzulehnen.

Wir stehen für eine selbstbestimmte sexuelle Orientierung und Geschlechtszugehörigkeit, hier darf es keine Pathologisierung jedweder Art geben. Daher ist die Bundesregierung gefordert das Angebot dieser Therapien unter StraÙe zu stellen und Schadensersatzansprüche der Betroffenen zu prüfen, so Lösch abschließend.